

Rasant aufgestiegen

Chinas Wirtschaft funktioniert marktwirtschaftlich - aber unter Aufsicht der Kommunistischen Partei. Ist das noch sozialistisch? Eindrücke von einer Studienreise

Von Sabine Kebir

New Silk Road heißt das Hamburger Reisebüro, bei dem man Kulturreisen nach China mit speziellen Kontaktwünschen buchen kann. So kam ich mit sechs anderen Autoren im vergangenen Mai zu einer Studienreise, die uns nach Beijing, Shengzhou, Xuchang, Luoyang und Shanghai führte. In Beijing hatten wir Gelegenheit, mit zwei Mitgliedern der Grandview Institution zu sprechen, einem international angesehenen privaten Thinktank, der zu globalen Sicherheitsfragen arbeitet. Er finanziert sich aus Spenden der Privatindustrie, unterhält Beziehungen zu zahlreichen internationalen Organisationen und arbeitet Handlungsempfehlungen für die chinesische Zentralregierung aus.

Professor Zhou Rong, Direktor des Studienzentrums für die Länder des globalen Südens bei Grandview, verglich die jüngere Entwicklung Chinas mit dem Aufstieg Japans und Südkoreas zu modernen Industrienationen: 800 Millionen Chinesen seien aus der Armut geholt worden. Die öffentliche Sicherheit sei sehr hoch – was man als Tourist schnell spürt. Korruption werde konsequent bekämpft. Die Abhängigkeit vom Weltmarkt habe sich stark reduziert. China sehe den Westen nicht mehr als Konkurrenten an, auch Deutschland nicht. Früher seien die DDR und später auch die BRD wichtige Handelspartner gewesen. Das sei heute nicht mehr der Fall. Der Außenhandel mit Vietnam sei bereits umfangreicher als mit Deutschland. Die wirtschaftliche Entwicklung müsse, so betonte Zhou Rong, mit dem Schutz der Umwelt einhergehen. Auch hier sei China Vorbild für andere asiatische Länder, besonders für Vietnam und Indonesien.

Professor Ding Yifan vom Institut für Globale Governance and Development der Beijinger Renmin-Universität umriss die Entwicklung Chinas seit 1974, als es noch zu den ärmsten Ländern der Erde gehörte, bevor Deng Xiaoping 1979 die Öffnung der Wirtschaft einleitete. Dass Betriebe fortan von ausländischen Fachkräften geleitet wurden, brachte keinen entscheidenden Fortschritt. Der sei erst 1991 mit der Einführung der »Sozialistischen Marktwirtschaft« gekommen. Zu unserer Verblüffung nannte er als damalige Vorbilder Frankreich mit seinem hohen Anteil an Staatsunternehmen und die Bundesrepublik mit ihrem Sozialstaat, der auch der Privatwirtschaft viel Freiheit biete.

Seit dem Jahr 2000 sei China auf der Erfolgsspur. Es sei heute das einzige Land der Welt, das alle relevanten Lieferketten kontrolliert. Seit 2010 nimmt es den zweiten Platz in der Weltwirtschaft ein. Die »Neue Seidenstraße« beschrieb

Ding Yifan als ein Projekt gegen den Krieg. Die Bedeutung des Renminbi Yuan wachse stark, der Staat werde aber die Kontrolle über die Währung behalten. Man gewähre Rabatte, wenn Staaten bereit seien, in ihr zu handeln. Heute führten sogar Russland und Indien damit untereinander Transaktionen durch. Handelsbeziehungen würden unabhängig von politischen Beziehungen gestaltet: China handelt auch mit Israel und Südkorea, jedoch nicht mit Rüstungsgütern.

Ding Yifan führte weiter aus, dass der Staat die größten Unternehmen unterhalte und Infrastruktur schaffe. Die Privatwirtschaft erzeuge die wirtschaftliche Dynamik, werde aber reguliert, private Monopolbildung verhindert. Auch, weil die Energiewirtschaft in staatlicher Hand liege, sei es mittlerweile gelungen, 2,5mal mehr Strom zu erzeugen als die USA. Uns Autoren, die wir alle keine Chinaexperten sind, überraschte auch, dass der Professor den Buddhismus als eine der Grundlagen der »Sozialistischen Marktwirtschaft« bezeichnete.

Wie produzieren?

Wegen der hohen Staatsquote und der umfassenden Kontrollfunktion der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh), bezeichnen Mainstreammedien China nicht nur als sozialistisches, sondern meist sogar als kommunistisches Land. Viele Linke bezweifeln das jedoch. China sei ein »staatskapitalistisches« Land, ist oft zu hören. Der Maßstab, den westliche Linke ihrem Kommunismusbild zu Grunde legen, ist die weitestgehende Verteilungsgleichheit verfügbarer Güter. Daher fand auch die Kulturrevolution (1966–1976) eine erstaunliche Akzeptanz bei linken Gruppen im Westen. Für sie zählt vor allem, dass die Schere zwischen den Reichsten und den Ärmsten im heutigen China weit auseinanderklafft. Tatsächlich ist zu hinterfragen, ob sie nicht zu groß ist.

Das Ziel der nach der Revolution zu etablierenden Verteilungsgleichheit ist indes eine ahistorische Vorstellung der anarchistischen Tradition und des utopischen Sozialismus. In der »Kritik des Gothaer Programms« der Sozialdemokratie von 1875 hatte Karl Marx die postrevolutionären Zeiten, in denen die Arbeiterklasse die politische Macht über die Produktionsmittel bereits besitzt, als eine Entwicklung mit – grob gesehen – zwei Etappen beschrieben. In der ersten könne noch nicht von ausreichender Fülle an Gütern ausgegangen werden, um alle Bedürfnisse zu befriedigen, weshalb jeder nach seiner Leistung zu bezahlen sei. Erst mit höherer Entwicklung der Produktivkräfte könnten Bedürfnisse auch leistungsunabhängiger befriedigt werden.¹

Etwas Konkreteres hat Marx zum Sozialismus/Kommunismus nie geäußert. Er war sich im Klaren darüber, dass der revolutionäre Umbruch mit sehr verschiedenen Ausgangsbedingungen konfrontiert ist. Nicht vorhersehbar war, dass die Revolution nicht in hochentwickelten, sondern in wenig entwickelten Ländern stattfinden würde, für die sich seine Phasentheorie aber als um so richtiger erwies. Es war kein Zufall, dass die Kritik am Gothaer Programm prominent im Schulunterricht der DDR vorkam. Der durch die Konkurrenz mit Westdeutschland vor allem subjektiv empfundenen Knappheit vieler Güter wurde dort mit einem Leistungssystem, dem »Neuen Ökonomischen System«, begegnet.

Zu verweisen ist auch auf Versuche, nach sozialistischen Revolutionen Verteilungsgleichheit herzustellen, die nur in extremen Mangelsituationen Akzeptanz fanden. Aber nach der Oktoberrevolution konnte selbst strenge Rationierung die Hungersnot nicht beenden. Erst die Neue Ökonomische Politik (NEP), die Anreize für private Profite setzte, schuf den Ausweg, aber auch Ungerechtigkeiten. Zu resümieren bleibt, dass die meisten Länder des Ostblocks zunächst nicht einmal das Niveau der ersten von Marx skizzierten Phase erreichten. So gab es Mitte der 1960er Jahre nur in der DDR Leistungslöhne für Fließbandarbeiter. Anderswo wurden sie pauschal nach Arbeitstagen bezahlt, was die Leistungsbereitschaft erheblich dämpfte. Der in der DDR zunächst geduldete, aber auf höchstens hundert Arbeiter pro Betrieb gedeckelte Privatsektor wurde in den 1970er Jahren aus ideologischen Gründen weitgehend abgeschafft, obwohl er dazu beigetragen hatte, Bedarfslücken zu schließen.

Im postrevolutionären China gab es zunächst zwar verschiedene Gehaltsstufen, die – wie in anderen sozialistischen Ländern auch – aber politisch bestimmt wurden. Im eigentlich produktiven Sektor herrschte Pauschalentlohnung. Mao entfesselte die Kulturrevolution, um zu verhindern, dass sich die Diskrepanz zwischen den verschiedenen Gesellschaftsbereichen in unkontrollierbaren Aufständen entladen würde. Insbesondere scheint es nicht genug Perspektiven für die Jugend gegeben zu haben. Indem Mao diese dazu aufrief, Jagd auf Intellektuelle und Funktionäre zu machen, setzte er auf radikale Gleichmacherei. Wie zuvor schon der »Sprung nach vorne« scheiterte das Projekt. Deng Xiaoping legte den Hebel um und förderte eine Leistungsgesellschaft, in der es nicht nur Leistungslöhne, sondern auch eine Privatwirtschaft geben sollte, die es sogar ermöglichte, reich zu werden. Mitte der 1980er Jahre gab es bereits einen Menschen, der durch den Verkauf von Kürbiskernen zum Millionär geworden war. Heute gibt es in China halb so viele Milliardäre wie in den USA. Aber es gibt noch keine Erbschaftssteuer – angeblich, weil es bislang nur Neureiche gibt, die noch nichts vererbt haben. Das Problem steht jedoch auf der Tagesordnung.

Kontrolliertes Kapital

Der chinesische »Kapitalismus« kann nicht als neoliberal bezeichnet werden. Und das nicht nur, weil die größten und wichtigsten Sektoren der Wirtschaft in staatlicher Hand sind, sondern weil auch der Privatsektor staatlicher Kontrolle unterliegt und sich den Fünfjahresplänen der Regierung anzupassen hat. Dabei werden nicht alle wirtschaftlichen Entscheidungen von der Zentralregierung getroffen, sondern auch von den Provinzregierungen. Diese haben sogar eigene Abteilungen, die die außenwirtschaftlichen Beziehungen der Provinzen leiten. Die von der KPCh geleitete Zentralregierung setzt die Rahmenbedingungen. Eine weitere, in westlichen Beschreibungen des chinesischen Systems oft fehlende Instanz, ohne deren vorschlagende und auch kritisierende Funktion keine Entscheidung zustande kommt, ist der Volkskongress. Dessen unterste Ebene wird durch Basiswahlen in den Stadtteilen bestimmt, was sich dann auf den höheren Ebenen in Städten, Regionen und Provinzen fortsetzt.

Auf unserer Städtetour begegneten wir keinem Menschen, der wirkte, als würde er prekär leben. Die Bevölkerung wirkt insgesamt wie eine sehr homogene Mittelschicht. Sie arbeitet teils im staatlichen, teils im

privatwirtschaftlichen Sektor. Luxusläden zeugen vom Vorhandensein einer reichen bis superreichen Oberschicht. Yang Ping, Chefredakteur des *Beijing Cultural Review Magazine*², Chinas bedeutendster, auch international wahrgenommener gesellschaftspolitischer Zeitschrift, behauptete, dass die Parteiführung mit der im Privatsektor arbeitenden Mittelschicht allein wegen deren Breite mehr Schwierigkeiten habe als mit der kleinen, eher kontrollierbaren Schicht der Superreichen. Deren Bändigung verläuft unter anderem über Kapitalverkehrskontrollen, die verhindern, dass Kapital frei ins Ausland verschoben wird. Auch müssen die Milliardäre ihre Investitionen im Rahmen der Fünfjahrespläne tätigen. Die *FAZ* meldete am 2. Juni, dass China die Gesetze zur Kontrolle des Transfers von Technologie, Fachkräften und Kapital ins Ausland verschärft hat. Im Interesse der »nationalen Sicherheit« können chinesische Unternehmen gezwungen werden, Beteiligungen im Ausland zu verkaufen oder sich aus bestimmten Geschäftsbereichen zurückzuziehen. Staaten, die chinesische Investitionen beschränken, droht dasselbe in China.³ Der sich im Westen immer nachteiliger auswirkenden Anarchie des Privatkapitals sind Grenzen gesetzt, die ständig angepasst werden.

Was unterscheidet China außerdem noch vom westlichen Kapitalismus? Der wichtigste Aspekt ist die Ausschaltung der Bodenspekulation. Der Boden bleibt Volkseigentum. Jedem Chinesen steht die Verfügung über ein bestimmtes Maß an Boden zu, womit sein Wohnrecht gesichert ist, und auch ein kleines Ackerstück. Dieses Stück Erde befindet sich in der Geburtsregion und ist verbunden mit anderen Rechten vor Ort, zum Beispiel dem auf Bildung. Damit hängt der befremdliche Aspekt zusammen, dass Kinder von Wanderarbeitern die Eltern nicht begleiten können, weil sie nur in deren Heimatort in die Schule gehen dürfen. Wer mehr Land braucht, als ihm zusteht, kann es pachten, zum Beispiel im Rahmen von Agrargenossenschaften. Auch Bauland in der Stadt muss gepachtet werden. Die Pachtzeiten für Stadtwohnungen liegen zwischen 30 bis 70 Jahren. Landwirtschaftlich genutzter Boden ist bis zu 99 Jahren pachtbar. Auch öffentliche Gebäude wie Schulen müssen Bodenpacht zahlen.

Acht Stunden ... oder mehr

Im Arbeitsrecht gelten der Achtsturentag und die Fünftagewoche. Der 1. Mai und der Nationalfeiertag am 1. Oktober sind jeweils mit fünf Tagen Urlaub für alle verbunden. In erstaunlichem Gegensatz zum Arbeitsrecht für Erwachsene steht das Lernregime für Kinder, Jugendliche und Studenten. Sie sind oft von 7.30 Uhr bis 18 Uhr in ihren Lernorten. Es besteht neun Jahre Schulpflicht. Große Schülerzahlen in den Museen bezeugen, dass historische und kulturelle Bildung einen hohen Stellenwert hat. Das gilt auch für Sport. Erwähnt sei, dass es auch private Schulen gibt, die Spielräume in ihren pädagogischen Methoden haben. In der von uns besuchten Fremdsprachenschule in Beijing-Haidian stellte uns die parteilose Direktorin drei Herren in roten Polohemden als »Mitbesitzer« des Etablissements vor, die offenbar das wache Auge der KPCh repräsentieren. Das auch hier gelehrte Fach Gesellschaftskunde heißt »Moral und Gesetz«.

Eine Parteisekretärin in der bei Shanghai liegenden Stadt Taicang beantwortete die Frage, ob es die im Westen behauptete hohe Arbeitslosigkeit von Hochschulabsolventen tatsächlich gebe. Sie bejahte. Das sei ja ein

weltweites Problem. Diese jungen Leute könnten nur auf Unterstützung ihrer Eltern zählen und müssten sich selbst Arbeit suchen oder eben selbständig werden.

Für die Arbeitenden scheint es nicht unüblich zu sein, auch mehr als acht Stunden zu ackern oder den Jahresurlaub zu opfern. Das ergab sich – im Umkehrschluss – beim Besuch eines Pangdonglai-Supermarkts des Unternehmers Yu Donglai in der zentralchinesischen Stadt Xuchan, der seinen Mitarbeitern besonders gute Bedingungen bietet: Sie müssen nur sechs Stunden arbeiten und sind verpflichtet, ihren Jahresurlaub zu nehmen, was Yu für gesundheitlich unverzichtbar hält.

Sein Supermarkt, in den er umgerechnet 800 Millionen Euro investierte, ist auch sonst außergewöhnlich. Er befindet sich in einer Shoppingmall mit großen westlichen Bekleidungs- und Kosmetikfirmen, wo kaum Publikum zu sehen war. Dagegen war der Supermarkt gerappelt voll – der Kleidung nach zu urteilen waren die Kundinnen und Kunden nicht nur Wohlhabende. Die angebotenen Produkte »Made in China« sind nicht nur günstig, sondern auch mit Qualitätszertifikaten über hohe Gesundheits- und Umweltnormen ausgestattet. Vereinzelt gibt es westliche Waren, etwa Olivenöl. Der Brotstand wirkte europäisch, bot auch Graubrote, Croissants und Torten. Chinesische Kuchensorten finden reißenden Absatz. Bevor Fische hier in den Verkauf kommen, schwimmen sie zehn Tage in sauberem Wasser, damit sie frei von Giftstoffen sind. Um in dem berühmten Supermarkt einzukaufen, reist man auch aus entfernten Orten an. Das Marktmodell von Yu Donglai konnte sich bislang nicht in anderen Provinzen etablieren, weil die jeweiligen Verwaltungen den Bankrott der anderen Supermärkte fürchten.

Angesichts dieses Konsumrauschs kamen mir Heinrich Heines »Zuckererbsen« für jedermann in den Sinn, wobei festzuhalten ist, dass China die von Heine ebenfalls prophezeite kulturzerstörerische Epoche schon hinter sich gelassen hat. Interessant fand ich über dem Eingang des Supermarkts wechselnde Losungen auf chinesisch und englisch wie: »Live is liberation of senses, not selfdiscipline« (Leben bedeutet Befreiung der Sinne, nicht Selbstdisziplin) und »Simple living – abundant living« (Einfach leben – reich leben). Diese Losungen stellen einen Paradigmenwechsel dar vom konfuzianischen Selbstverständnis der Chinesen zur Konsumkultur, die man kritisieren oder auch als Tor zu Marxens Kommunismus sehen kann, in dem dereinst alle Bedürfnisse befriedigt werden. Jedenfalls arbeitet dieser Supermarkt im Sinne von Parteichef Xi Jinping, zu dessen wichtigsten Anliegen die soziale und zugleich ökologische Ausrichtung der Wirtschaft gehöre, so einer der Reiseleiter. Am 10. Juni meldete die *FAZ*, dass China die Umweltgesetzgebung erneut verschärft habe und sich zum Ziel setze, künftig globale Standards zu prägen.⁴

Ein anderer Vorzeigekapitalist ist Zhang Hongchao, der nach einem Ökonomie- und Jurastudium 1997 ein Eisgeschäft im zentralchinesischen Zhengzhou eröffnete. Ab 2005 entwickelte er die Geschäftsidee, Eis und Teegetränke hoher Qualität für sehr niedrige Preise anzubieten, um sie für ärmere Kinder und Jugendliche erschwinglich zu machen. Durchschnittlich kostet ein Getränk 0,80 US-Dollar und somit mehr als die Hälfte weniger als bei der Konkurrenz. Mittlerweile gibt es 55.000 chinesische Filialen von Mixue Ice Cream & Tea, das als Franchiseunternehmen funktioniert, auch im Ausland, unter anderem in

Vietnam, Südkorea, Australien, Brasilien, Kenia und sogar in den USA. 2025 wurde der Konzern an der Hongkonger Börse gelistet, wo er mit 2.000 Milliarden Hongkong-Dollar bewertet wird. Einer unserer Reiseleiter kommentierte, dass dieses wirtschaftlich und sozial erfolgreiche Modell doch gut »zu einem irgendwie gearteten Sozialismus« passe.

Nur zehn Prozent

Wie häufig sich so ein Engagement in der Kapitalistenklasse allgemein wiederfindet, bleibt dahingestellt. Das System weist viele Facetten auf, die sich zudem in den Provinzen stark unterscheiden. Befremdlich ist, dass das Rentensystem nicht einheitlich, sondern nach den wirtschaftlichen Möglichkeiten der Provinzen ausgerichtet ist, woraus erhebliche Ungerechtigkeiten resultieren. Ein Reiseleiter erzählte, dass sich seine Mutter, eine ehemalige Bäuerin, mit 200 Renminbi Yuan (25,86 Euro) im Monat, ihrem Haus und dem kleinen Acker begnügen müsse, während seine Schwiegermutter, ebenfalls ehemals Bäuerin, 2.000 Renminbi Yuan (258,65 Euro) Rente erhalte. Auf jeden Fall müssten die Alten von den Jüngeren unterstützt werden. Oft beruht das auf Gegenseitigkeit. Sofern sich arbeitende Eltern kein Kindermädchen leisten können, gelten die Großeltern als unverzichtbar in der Kinderbetreuung.

Damit wären wir beim Thema der einfachen Berufe, deren Vertreter man trotz hoher Automatisierung und Digitalisierung der chinesischen Wirtschaft überall antrifft: Waren müssen auf- und abgeladen werden, unablässig werden Straßen maschinell und per Hand gefegt. Die alle paar hundert Meter verfügbaren kostenlosen öffentlichen Toiletten werden von Putzkräften sorgfältig saubergehalten. Diese Menschen wirken selbstbewusst und nicht unzufrieden.

Den schnellen Fortschritt ihrer Gesellschaft interpretieren die Chinesen als Ergebnis ihrer eigenen und der Geschmeidigkeit und Kreativität ihrer Führungskräfte – Eigenschaften, die der Führung in Nordkorea eben fehlen, so ein Reiseleiter. Das Nachbarland bezeichnete er als ärmlich und dynastisch verknöchert – ähnlich, wie es im Westen dargestellt wird. Neben dem stolzen Bewusstsein eigener Wendigkeit herrscht jedoch auch Hochschätzung der historischen Kontinuität. Dem Westen – einschließlich Japan – werden die Versuche, China zu kolonisieren und zu bevormunden, nicht verziehen. Mit jeglicher Art Kolonialismus aufgeräumt zu haben, wird als bleibendes Verdienst Maos gesehen. Der Reiseleiter fuhr fort: 1999 dachten die Chinesen, dass Mao zu dreißig Prozent Fehler gemacht habe (Maos Politik sei zu 70 Prozent gut, zu 30 Prozent schlecht gewesen, ist eine berühmte Formel, die unter Deng Xiaoping in den 1980er Jahren etabliert wurde, jW). Heute denke man, es seien nur zehn Prozent.

Die positive Sicht auf die eigene Geschichte erstreckt sich auch auf die Kaiserzeit. Zwar wird nicht verschwiegen, dass es sich um eine Epoche schwerster feudaler Ausbeutung des Volkes handelte. Aber der Fokus der Erinnerungskultur liegt nicht wie bei uns auf höfischen Sitten und Kulturen, sondern auf den zivilisatorischen Diensten der Kaiser für die Allgemeinheit, zu denen sie verpflichtet waren, wollten sie nicht durch Aufstände entmachtet werden. Zu nennen ist vor allem das Jahrtausende alte und immer wieder

instand gesetzte Kanalsystem, mit dem bis heute Wasser aus dem Süden in den dürrn Norden Chinas transportiert wird.

Dreiklang

In den meisten Buddha-Tempeln, die wir besuchten, gab es drei Hauptbuddhas: den der Vergangenheit, den der Gegenwart und den der Zukunft. Ein Reiseleiter erklärte, dass 70 bis 80 Prozent der Chinesen heute Atheisten seien. Wie viele Chinesen habe er selbst keine Ahnung von Religion, weil in der Kulturrevolution jede religiöse Praxis verboten war. Aber der buddhistische Dreiklang scheint kulturell verwurzelt zu bleiben – was sich nicht zuletzt auch in den Parteiprogrammen der KPCh widerspiegelt, die stets die historische, die aktuelle und die zukünftige Dimension verbinden. Die Gläubigen scheinen ihre Religion frei zu leben. Wir sahen betende Jugendliche in einem Lama-Tempel in Beijing, den ein Kaiser des 18. Jahrhunderts hatte einrichten lassen, um den tibetanischen Buddhismus zu integrieren. In Shanghai lauschten wir herrlichen Gesängen von hunderten Mönchen und Nonnen im Tempel des weißen Jadebuddhas.

Sollte ich das aktuelle chinesische System in eurozentrische Raster einordnen, würde ich es als erfolgreichen Versuch bezeichnen, das sozialdemokratische Versprechen zu erfüllen, dem Kapitalismus zugunsten der Allgemeinheit Zügel anzulegen. Das geschieht allerdings nicht auf bürgerlich-parlamentarischem Boden, sondern unter Aufsicht der KPCh, die in ihrer Politik auch basisdemokratische Strukturen nutzt. Der beispiellos gewachsene Lebensstandard erzeugt Zustimmung der Bevölkerung, trotz unverkennbar autoritärer Aspekte. Der »Westen« ist davon aber nicht betroffen. China erhebt ja nicht den Anspruch, dass andere Staaten sein System übernehmen. Es strebt nur friedlichen Austausch auf Augenhöhe an.

Anmerkungen

1 Der vom Kapitalisten eingezogene Teil am Arbeitsertrag entfällt, aber die Arbeitenden tauschen untereinander die quantitativen und qualitativen Grundeinheiten der Arbeit aus (Arbeitsstunden). Dabei rechnete Marx noch mit Ungerechtigkeiten durch verschiedene Fähigkeiten wie auch Unterschiede durch die Zahl der Kinder des Arbeiters. Vgl. [Marx-Engels-Werke, Bd. 19, S. 19ff.](#)

2 www.bjreview.com. Die Zeitschrift wird von der Longway-Stiftung, zu der Unternehmer, Ökonomen und Intellektuelle gehören, privat finanziert.

3 Siehe auch: www.onvista.de/news/2026/06-01-china-verschaerft-kontrolle-ueber-technologie-und-wissenstransfers-0-20-26517406

4 Chinas Aufholjagd in der Umweltgesetzgebung, *FAZ*, 10.6.2026

→

Sabine Kebir schrieb an dieser Stelle zuletzt am 13. April 2026 über die Geschichte des Christentums in Algerien anlässlich des Papstbesuchs: »[In - frommer Ergebenheit](#)«

[*https://www.jungewelt.de/artikel/525998.reisebericht-rasant-aufgestiegen.html*](https://www.jungewelt.de/artikel/525998.reisebericht-rasant-aufgestiegen.html)